

Fakten, Links zur aktuellen EU-Politik im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

Vorbemerkung:

Diese Faktenzusammenstellung diente als Hintergrund zu mehreren Diskussions-Veranstaltungen in den vergangenen Tagen, die mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine stattfanden. Vorab soll angemerkt werden, dass Außen- und Sicherheitspolitik in der EU kein *vergemeinschaftetes Politikfeld* ist. Was heißt das? Das Parlament ist an „gesetzgebenden“ Entscheidungen nicht direkt beteiligt. Der Europäische Rat, also die Vertreter*innen der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission sind hier Politik bestimmend. Einzig im Rahmen der Zustimmungen zu Haushaltsentscheidungen ist das Parlament in Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt. Politisch agiert das Europaparlament in der Außen- und Sicherheitspolitik mit Stellungnahmen und Entscheidungen zu Fonds (z. B. Verteidigungsfonds „Friedensfazilität“, Wissenschaftsprogramm Horizon). Diese Faktensammlung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit insbesondere hinsichtlich schon vorangegangener Entscheidungen, die im Rahmen der vertieften gemeinsamen Kooperation der EU-Mitgliedstaaten in der Außenpolitik, die seit [2017 unter dem Kürzel PESCO](#) entstand.

1. Sanktionspakete der EU

Sanktionspakete gegen Russland gibt es nicht erst seit dem 24. Februar. 2022. Mit der Annexion der Krim 2014 entwickelten sich wachsende Sanktionspolitiken, auch zusätzlich gegen Belarus. Zuvor bewegten sie sich eher im Technologie-Bereich und bei personengebundenen Einreiseverboten. Erstmals kam es mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine 2022 zu finanzpolitischen Sanktionen, wie dem Ausschluss Russlands vom internationalen Zahlungsverkehr (SWIFT, Putin schlägt hier zurück, indem derzeit verlangt wird, dass Gas-Lieferungen mit Rubel zu bezahlen seien.) Weiterhin wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Gaslieferungen und vor allem Zukunftsprojekte im Energiebereich zu stoppen. Deutschland setzte im Zuge dieser Zusammenarbeit bei Sanktionen derzeit die Indienstnahme von Nordstream 2 aus.

2. Sonderplenium des Europaparlament am 1. März 2022 mit Resolution zum Krieg in der Ukraine - Erklärung der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Die Fraktion The Left hat wesentliche Änderungsanträge in die [Parlaments-Resolution](#) eingebracht, z. B. den Verweis auf Flüchtlinge aus Drittstaaten aus der Ukraine, die dieselbe Unterstützung benötigen wie ukrainische Staatsangehörige. Diese Änderungen wurden auch angenommen. Trotzdem stimmten die Abgeordneten der linken Fraktion mehrheitlich mit Enthaltung - wegen der Aufrüstungskapitel - wenige mit Zustimmung und einige mit Ablehnung der Resolution. Die LINKE im Europaparlament stimmte mit drei Enthaltungen und zwei Ablehnungen gegen die Resolution vor allem wegen der Aufrüstungsstrategie. Ausdrücklich stellt sich die Delegation, wie die Fraktion, solidarisch an die Seite der Ukraine und verurteilt, gleich der Resolution, den Krieg Russlands in der Ukraine. Dazu gab es am Tage der Parlamentsentscheidung eine [Erklärung der Delegation](#). Aus der Erklärung: *„Diese durch nichts zu rechtfertigende Aggression Russlands verändert das Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent grundlegend. Mit großer persönlicher Betroffenheit sagen wir: Nachdem die Schützengräben des Kalten Krieges nie wirklich zugeschüttet wurden und sicherheits- sowie abrüstungspolitische Vereinbarungen immer wieder gebrochen wurden, ist es bis heute nicht gelungen, die Vereinbarungen der Pariser Charta zum Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur für ein gemeinsames Haus Europa umfassend auszuarbeiten und umzusetzen. In dieser Situation eines Versagens vieler europäischer Verantwortungsträger*innen in politischen Parteien zieht Russland einseitig und absolut verantwortungslos Konsequenzen, die die Sehnsucht aller Menschen in Europa und weltweit nach einer friedlichen Zukunft, nach sozialer Sicherheit und ökologischem Wirtschaften mit Füßen tritt...“.*

3. Was wissen wir über Waffenlieferungen an die Ukraine

Seit der Annexion der Krim stellte die USA mindestens militärische Unterstützung im Wert von 1,5 Mrd. Dollar (Ausstattung und Ausbildung) zur Verfügung. Die EU leistete umfassende zivile Hilfe. Im Dezember

2021 bewilligte die EU erstmalig 31 Millionen Euro aus der Friedensfazilität für „nicht-tödliche“ Ausstattungshilfen, die aber eindeutig im militärischen Umfeld gebraucht werden.

Am 28. Februar 2022 wurden 500 Millionen Euro über die Friedensfazilität der EU beschlossen. Damit wurde erstmal ein Staat von der EU direkt mit Waffen ausgestattet. 450 Millionen Euro sind dabei für Handfeuerwaffen, Panzerabwehrwaffen, Geschütze, Raketen, gepanzerte Fahrzeuge und Munition und der kleinere Teil für Sanitätsgüter, medizinische Ausrüstung, Schutzausrüstung, Zelte, Nahrungsmittel und Treibstoff vorgesehen. Am 21. März 2022 wurde dann ein zweites 500 Millionen Euro Paket vom Europäischen Rat beschlossen. Die Mitgliedstaaten dürfen ihre Militärhilfen mit ihren anteiligen Beiträgen zur Europäischen Friedensfazilität verrechnen. Bekannte Gesamtzuwendungen von EU und NATO an die Ukraine sollen 2,5 Mrd. Dollar für Waffen und 156 Millionen für Ausstattungshilfen betragen. (Die Angaben hat die linke Bundestagsfraktion zusammengestellt).

4. Strategischer Kompass, avisiert schon am 10/11. März 2022 und beschlossen auf dem Rats-Treffen der Außenminister:innen der Mitgliedstaaten am 21. März 2022

Der [Strategische Kompass](#) der EU definiert Grundlagen der gemeinsamen Verteidigungspolitik bis 2030. Der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell nennt dieses Programm einen *"Wendepunkt für die Europäische Union als Sicherheitsgarant und ein sehr wichtiger Schritt für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU"*. **Das Kernstück: schnelle Eingreiftruppe von bis zu 5.000 Soldaten.** Dazu Borrell: *"Die europäischen Armeen werden bestehen bleiben, jeder Mitgliedstaat hat seine eigene Armee. Aber wir müssen enger zusammenarbeiten. Wir müssen unsere Ausgaben besser koordinieren. Wir müssen in der Lage sein zu reagieren, und eine der Möglichkeiten, schnell zu reagieren, ist die vereinbarte EU-Schnelleingreifkapazität. Ich bin sehr froh, dass die Mitgliedstaaten diesem Vorschlag endlich zugestimmt haben, der es uns ermöglicht, bis zu 5.000 Soldaten zu mobilisieren, die für die Reaktion auf Krisen ausgebildet und ausgerüstet sind. Wir werden unsere Kommando- und Kontrollfähigkeiten stärken und gemeinsam Übungen durchführen. Das hat es noch nie gegeben."*

Zusätzlich zum Konzept der Eingreiftruppe enthält der Strategische Kompass **Instrumente gegen hybride und Cyberbedrohungen**. Borrell erörtert: *"Wir werden bessere Instrumente zur Bekämpfung hybrider Angriffe, hybrider Kampagnen, Cyber-Bedrohungen und ausländischer Einmischung und Manipulation von Informationen entwickeln, denn die Schlachtfelder von morgen liegen auch in den Netzen, im Cyber-Raum, im Weltraum und auf hoher See. Es geht nicht nur um die Eroberung von Land, sondern auch um die Eroberung der Köpfe der Menschen. Und die Köpfe der Menschen bestimmen am Ende das Verhalten ihrer Regierungen und die Abstimmungen, zum Beispiel bei den Vereinten Nationen. Es gibt viel zu tun, nicht mit Waffen, sondern mit Worten, mit Ideen, mit der Bekämpfung von Propaganda und Desinformation, mit der Darstellung der Dinge, wie sie sind."* [Hier ist das gesamte Statement von Borrell \(englisch\)](#).

5. weitere Links zur Debatte:

[Englisch vom wissenschaftlichen Dienst des Europaparlaments: Die Finanzierung militärischer Unterstützung der Ukraine \(siehe Punkt 3\)](#)

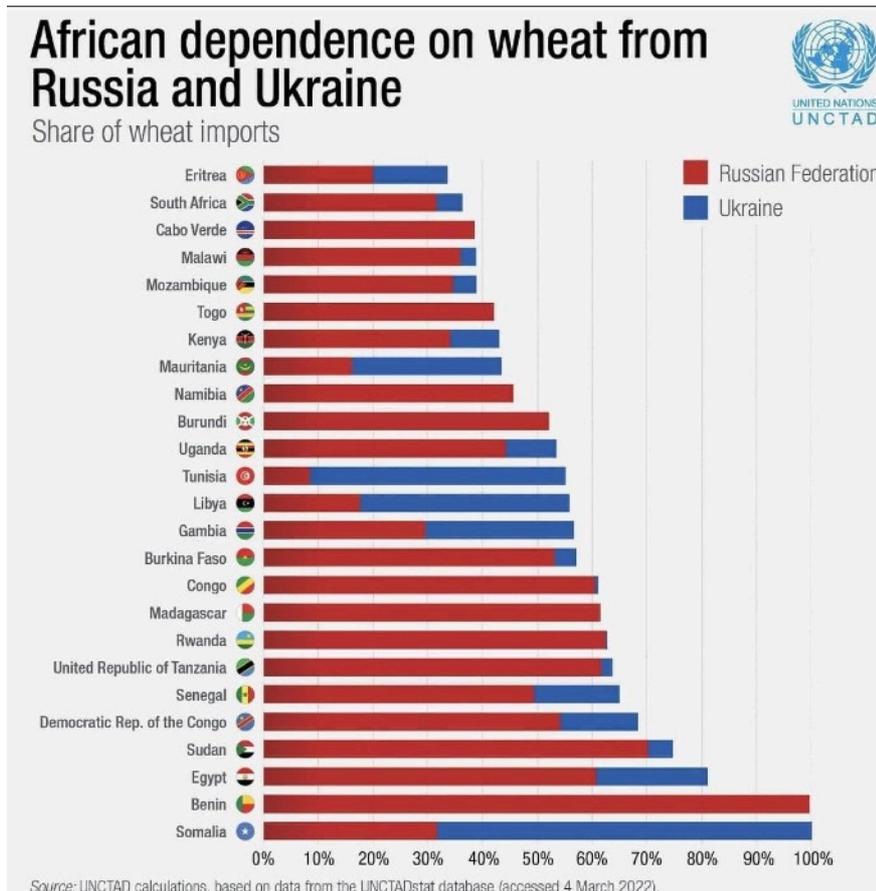
Finanzen für die militärische Verteidigung der Ukraine aus EU-Mitteln in der [Tagesschau](#): *„Die EU-Staaten haben die Aufstockung der Mittel für Waffenlieferungen an die Ukraine offiziell bewilligt. Wie die Vertretung der 27 Mitgliedsländer mitteilte, stehen damit weitere 500 Millionen Euro zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte bereit. Mit dem Geld sollen militärische Ausrüstung, aber auch Güter wie Treibstoff und Verbandskästen finanziert werden. Ein erstes Paket über 500 Millionen Euro wurde bereits Ende Februar bewilligt. Das zweite war am 11. März angekündigt worden. Deutschland wird nach Angaben von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht mehr als ein Viertel der EU-Unterstützung für die ukrainischen Streitkräfte finanzieren. Haushaltstechnisch gesehen kommt das Geld für die Militärhilfe aus der sogenannten Europäischen Friedensfazilität.“*

[Englisch vom wissenschaftlichen Dienst des Europaparlaments: Das gesamte Dossier zum Krieg in der Ukraine](#)

[Paul Schäfer zu Neuansätzen linker Außen- und Sicherheitspolitik](#), 2. März 2022

[Stephan Anpalagan: Die Bundeswehr wurde nicht kaputtgespart](#), 23. März 2022

6. Der Krieg in der Ukraine und Reaktionen auf einige Folgen



Zukünftig sollen in der EU **erweitert Landwirtschaftsflächen** genutzt werden, um drohende weltweite Hungerkatastrophen infolge des Ukraine-Krieges abzufedern, dafür gibt es zusätzlich knapp 500 Millionen Euro von der EU. Abgeordnete kritisierten die pauschale Vorgehensweise und verlangten, dass mehr für den Teller und weniger für den Futtertrog produziert wird. Das Parlament hat die Pläne der Kommission mehrheitlich unterstützt. Die Wirkungen sind offen.

Erstmalige Anwendung der EU-Massenzustrom-Richtlinie (sie heißt wirklich so) „Ich begrüße die Einigung des Rates, pauschal Menschen, die aus der Ukraine fliehen, temporären Schutz zu gewähren, ohne dass diese Asylanträge stellen müssen. ... Es ist überraschend, dass der Rat der seit Jahren in der Migrationspolitik blockiert, plötzlich hier Bewegung reinbringt.“ ([Cornelia Ernst 4. März 2022](#))

Kommunen müssen bei der Integration der Flüchtenden unterstützt werden. Dazu [Martina Michels in der Parlamentsdebatte](#) - siehe auch - [mündliche Anfrage an die Kommission](#).